



CONFIDA
INFO



Neues liechtensteinisches Steuergesetz: Auswirkungen auf bestehende Sitz- und Holdinggesellschaften

Allgemein

Ziel des per 1.1.2011 in Kraft getretenen neuen liechtensteinischen Steuergesetzes ist ein einfaches, international kompatibles und europarechtskonformes Steuerrecht.

Übergangsfrist für Sitz- und Holdinggesellschaften

Um jegliches Risiko einer Verletzung des EWR-Abkommens hinsichtlich des Verbots staatlicher Beihilfen zu vermeiden, wird die besondere Gesellschaftssteuer für Sitz- und Holdinggesellschaften im neuen Steuergesetz nach einer Übergangsfrist von 3 Jahren per 31.12.2013 abgeschafft.

Für juristische Personen, die dem alten Steuerregime der besonderen Gesellschaftssteuer unterlagen, ist die besondere Gesellschaftssteuer noch bis zum 31.12.2013 weiter anwendbar, wobei die Mindeststeuerbelastung von CHF 1'000 auf CHF 1'200 angehoben wurde. Ansonsten ändert sich für diese Gesellschaften nichts.

Ertragssteuer und Eigenkapital-Zinsabzug

Die aufgrund ihres Sitzes oder des Orts der tatsächlichen Verwaltung in Liechtenstein steuerpflichtigen juristischen Personen unterliegen bei einer Normalbesteuerung mit ihren gesamten Erträgen der ordentlichen Ertragssteuer mit einem Einheitsatz von 12.5%. Die Steuerpflicht beschränkt sich auf den steuerbaren

Reinertrag. Der handelsrechtliche Reinertrag ist um ausländische Betriebsstättenergebnisse, Miet- und Pächterträge ausländischer Grundvermögen, Grundstücksgewinne, Dividenden, Kapitalgewinne und um den sogenannten Eigenkapital-Zinsabzug zu kürzen. Dieser Eigenkapital-Zinsabzug von gegenwärtig 4% auf das modifizierte Eigenkapital reduziert die Bemessungsgrundlage und senkt dadurch den effektiven Steuersatz. Das modifizierte Eigenkapital berechnet sich wie folgt:

- + einbezahltes Grundkapital
- + Reserven
- Beteiligungen an jur. Pers.
- Ausl. Grundstückreinvermögen
- Ausl. Betriebsstättenreinvermögen
- nicht betriebsnotwendiges Vermögen

= Modifiziertes Eigenkapital

Die Kapitalsteuer wurde abgeschafft.

Abschaffung der Couponsteuer – Behandlung der Altreserven

Die bisherige Couponsteuer von 4% auf Gewinnausschüttungen von juristischen Personen, deren Kapital in Anteile zerlegt ist, wurde abgeschafft. Jedoch gilt die Abschaffung nicht für die per 31.12.2010 bestehenden Altreserven. Als Altreserven werden die kumulierten und bis zum 31.12.2010 nicht ausgeschütteten Gewinne bezeichnet. Für diese gelten folgende Übergangsbestimmungen:

In den Jahren 2011 und 2012 sind auf Altreserven nur 2% Couponsteuer abzurechnen, ab 2013 sind es dann wieder die 4%. Altreserven sind separat auszuweisen, so lange diese nicht abgerechnet sind. Zukünftige Ausschüttungen gelten immer als aus den Altreserven entnommen, bis diese aufgebraucht sind. Eine Verrechnung von Verlusten aus den Geschäftsjahren ab 2011 mit deklarierten Altreserven ist nicht möglich.

Auf Antrag ist eine Abrechnung der Altreserven mit 2% auch ohne Ausschüttung möglich. Damit wird eine Gleichartigkeit mit den zukünftigen Gewinnen geschaffen und der separate Ausweis der Altreserven entfällt. Zumindest sollte die Möglichkeit der Abrechnung der Couponsteuer auf Altreserven in Betracht gezogen werden, da ab 2013 die Couponsteuer auf Altreserven wieder 4% beträgt.

Ob auch Ausschüttungen beschlossen werden, hängt einerseits von der Liquidität des Unternehmens und des Aktionärs und andererseits von der Höhe des Zinssatzes für den Eigenkapital-Abzug ab. Dieser wird jährlich durch den Landtag im Finanzgesetz festgelegt – für 2011 liegt er bei 4%. Für die Entscheidung, ob effektiv ausgeschüttet oder nur abgerechnet werden soll, sind daher die Verhältnisse im Einzelfall massgebend.

Vermögensverwaltende Gesellschaften

Als Alternative zur besonderen Gesellschaftssteuer hat der Gesetzgeber im neuen Steuergesetz in Anlehnung an die luxemburgische Société de Gestion de Patrimoine Familial (SPF) für juristische Personen, die ausschliesslich vermögensverwaltend tätig sind und keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, eine neue steuerliche Privilegierung vorgesehen. Solche Privatvermögensstrukturen (PVS) unterliegen lediglich der Mindestertragssteuer von CHF 1'200.

Eine juristische Person qualifiziert sich dann als PVS, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- keine wirtschaftliche Tätigkeit
- keine öffentliche Platzierung eigener Aktien oder Anteile und kein Handel an einer Börse
- keine Werbung um Anteilseigner/Anleger
- keine Entgegennahme von Vergütungen oder Kostenerstattungen von Anteilseignern/Anlegern oder Dritten (keine Vermögensverwaltungshonorare)
- Statuten enthalten die Beschränkungen als PVS (Dieses Kriterium gilt als erfüllt, wenn die Statuten einen kaufmännischen Betrieb ausschliessen)
- Besitz der Anteile an PVS ist natürlichen Personen vorbehalten (zwischen geschaltete juristische Personen, sog. PVS-Kette, sind zulässig)

Hauptmerkmal für die steuerliche Privilegierung ist das Fehlen einer wirtschaftlichen Tätigkeit. Beispielhaft wurde in Artikel 64 Abs. 1a durch Verweis auf das Vermögensverwaltungsgesetz konkretisiert, was nicht als wirtschaftliche Tätigkeit angesehen wird (safe harbour). Dazu zählt der Erwerb, der Besitz, die Verwaltung und Veräusserung von übertragbaren Wertschriften wie Obligationen und Aktien, Geldmarktinstrumente, Anteile an Investmentunternehmen, Optionen, Terminkontrakte, Derivatkontrakte, Derivate, die effektiv geliefert oder bar abgerechnet werden können. Auch das Kaufen, Halten und Veräussern von Edelmetallen, Kunstwerken und ähnlichen Sachwerten ist, solange kein gewerbmässiger Handel stattfindet, grundsätzlich möglich, da

die blosser Ausübung des Eigentums durch seinen Inhaber als solche nicht als wirtschaftliche Tätigkeit anzusehen ist. Daher qualifiziert der Gesetzgeber auch das Halten von Liegenschaften nicht als wirtschaftliche Tätigkeit, solange die Liegenschaft selbst genutzt wird und nicht vermietet wird. Beim Halten von Beteiligungen ist zu beachten, dass weder die PVS noch ihre Anteilseigner oder Begünstigte Kontrolle durch unmittelbare oder mittelbare Einflussnahme auf die Verwaltung der Beteiligung ausüben, ansonsten eine wirtschaftliche Tätigkeit angenommen wird und die Gesellschaft den Status als PVS verliert. Wir weisen darauf hin, dass bereits eine einzige unzulässige Aktivität zum Verlust des PVS-Status und damit zur Normalbesteuerung des gesamten Reinertrages führt.

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) hat die Bestimmungen im neuen Liechtensteiner Steuergesetz über Privatvermögensstrukturen als EWR-konform qualifiziert und damit auf europäischer Ebene bestätigt.

Die PVS könnte möglicherweise eine geringere Rolle spielen, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag, da die Erträge einer vermögensverwaltenden Struktur tendenziell sowieso steuerbefreit sind (ausl. Grundstückserträge, Dividenden und Kapitalgewinne). Zinsen auf Festgeldanlagen und Obligationen sowie Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Obligationen und aus Derivaten würden der ordentlichen Besteuerung unterliegen, wobei aufgrund des Eigenkapital-Zinsabzugs in der Praxis erst ab einem Ertrag von mehr als 4% netto eine Steuerpflicht entsteht.

Kommerziell tätige Gesellschaften Gesellschaften, die sich nicht als PVS qualifizieren, haben ihre Erträge zu einem Steuersatz von 12.5% zu versteuern. Diese Gesellschaften profitieren aber dabei vom Eigenkapital-Zinsabzug, der steuerlichen Befreiung von Dividenden und Kapitalgewinnen aus Beteiligungen, von ausländischen Betriebsstättengewinnen und von Erträgen aus im Ausland gelegenen Grundstücken.

Insbesondere die Befreiung der Erträge, die in einer ausländischen

Betriebsstätte erwirtschaftet werden, wird in der Praxis dazu führen, dass vielfach der Grossteil der Erträge in Liechtenstein von der Steuer befreit ist.

Daher ändert sich für den Grossteil der kommerziell tätigen Sitzgesellschaften auch nach Ablauf der Übergangsfrist von 3 Jahren nur wenig.

Unter dem alten Steuerregime erhielten Sitz- und Domizilgesellschaften keine Mehrwertsteuernummer. Neu können wirtschaftlich tätige Gesellschaften, die sich vor Ablauf der 3-jährigen Übergangsfrist freiwillig der ordentlichen Besteuerung unterstellen, eine Mehrwertsteuernummer beantragen und dadurch die von liechtensteinischen und schweizerischen Dienstleistern in Rechnung gestellten Vorsteuern zurückfordern.

Ein Antrag auf ordentliche Besteuerung und damit die Möglichkeit der Eintragung im MWST-Register könnte daher für tätige Gesellschaften sinnvoll sein, wenn die Vorsteuerrückforderung höher ist als die zusätzlichen administrativen Kosten.

Ein Antrag auf ordentliche Besteuerung während der Übergangsfrist von 3 Jahren kann, abgesehen von der Möglichkeit der Rückforderung der bezahlten Vorsteuern, auch für Gesellschaften mit hohem Eigenkapital sinnvoll sein. Denn diese Gesellschaften zahlen unter dem bisherigen Steuerregime, welches ohne Antrag auf ordentliche Besteuerung auch für die nächsten 3 Jahre anwendbar bleibt, eine Steuer von 1 Promille auf das Eigenkapital.

Vorausgesetzt, dass diese Gesellschaften nur von der inländischen Steuer befreite Erträge erzielen, was zum Beispiel bei der ausschliesslichen Ausübung der Geschäftstätigkeit über eine ausländische Betriebsstätte der Fall ist, fällt bei der ordentlichen Besteuerung nur die Mindestertragssteuer von CHF 1'200 an. Damit könnte diese ordentliche Besteuerung bei hohem Eigenkapital tiefer sein als die 1 Promille vom Eigenkapital, die ohne Antrag auf ordentliche Besteuerung auch während den nächsten 3 Jahren zu zahlen sind.

Besteuerung von Trusts

Für Trusts (besondere Vermögenswidmungen ohne Persönlichkeit), deren Sitz oder tatsächliche Verwaltung sich in Liechtenstein befindet, wird lediglich die Mindestertragssteuer von CHF 1'200 erhoben. Eine Veranlagung erfolgt nicht.

Privilegierte Besteuerung von Einkünften aus Immaterialgüterrechten

Eine besondere Steuervergünstigung hat der Gesetzgeber für Einkünfte aus Immaterialgüterrechten geschaffen. Der Gesetzgeber befreit 80% der positiven Einkünfte aus Immaterialgüterrechten, die ab dem 1.1.2011 geschaffen oder erworben worden sind, von der Steuer. In der Verordnung wurde präzisiert, was als Immaterialgüterrecht gilt. Dazu gehören Patente, Marken, Muster und Gebrauchsmuster, sofern diese durch Eintragung in ein inländisches, ausländisches oder internationales Register geschützt sind. Sonstige Rechte wie beispielsweise Urheberrechte, Know-how oder Handelsbeziehungen gelten vorerst nicht als Immaterialgüterrechte und qualifizieren daher nicht für eine Befreiung.

Holdingsgesellschaften

Von der Steuerbefreiung von Dividenden und Kapitalgewinnen aus Beteiligungen profitieren Holdingsgesellschaften. Diese Befreiung ist im Gegensatz zu anderen Ländern und Holdingstandorten weder von einer Mindestbeteiligungshöhe noch

von einer Mindesthaltedauer abhängig. Weiter trägt die mit dem neuen Steuergesetz eingeführte Gruppenbesteuerung und unbeschränkte Verlustverrechnung zur Attraktivität des Standorts Liechtenstein bei. So können auf Antrag die innerhalb eines Jahres entstandenen Verluste von Gruppengesellschaften, auch von ausländischen, anteilig mit Gewinnen inländischer Gruppengesellschaften verrechnet werden. Verluste können neu zeitlich unbeschränkt mit zukünftigen Gewinnen verrechnet werden. Ebenfalls können Verluste von ausländischen Betriebsstätten mit dem im Inland steuerpflichtigen Reinertrag verrechnet werden.

Attraktivität des Standorts Liechtenstein

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit den oben erwähnten Privilegierungen, dem Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen und der damit einhergehenden Reduktion ausländischer Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzen Liechtenstein ein attraktiver Standort für Lizenz- und Holdinggesellschaften wird.

Mit dem proportionalen Steuersatz von 12.5%, der durch den Eigenkapital-Zinsabzug in gewissen Fällen effektiv sogar auf unter 10% gesenkt werden kann, positioniert sich Liechtenstein im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe und wird daher auch für die Ansiedlung von operativ tätigen Gesellschaften attraktiv.

Für zusätzliche Informationen kontaktieren Sie bitte direkt:

Sascha Bonderer

lic. oec. HSG
eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer
E-Mail: sascha.bonderer@confida.li
Telefon: +423 235 84 15

Corine Beck

dipl. Betriebsökonomin FH
E-Mail: corine.beck@confida.li
Telefon: +423 235 83 89

oder wenden sich an unsere generelle Adresse:

CONFIDA

Treuhand- und Revisions-AG
Zollstrasse 32/34
9490 Vaduz
Liechtenstein

Telefon: +423 235 83 83
Fax: +423 235 84 84
info@confida.li
www.confida.li